Dirk Ippen: Wie ich es sehe

Wir lieben Küssen

Dr. Dirk Ippen über den Kuss früher und heute

Der Valentinstag und die Faschingstage sind nun vorbei. Und das Motto der Kölner Karnevalssession: „In Kölle jebützt“ – in Köln geküsst – ist schon abgelöst durch die Verkündung des Mottos für 2010/2011. In dem ist vom Küssen nicht mehr die Rede. Nur in München hat ein gewisser Marco Wanke zum Valentinstag einen regelrechten „Kussverein“ gegründet, der auf Dauer angelegt ist, denn Küssen sei der Anfang von allem.

Das stimmt, denn der Friedens- und Versöhnungskuss ist uns überliefert schon aus dem Alten Testament, wo sich David küsst mit Jonathan. Der nach Ägypten verschlagene Josef küsst alle seine Brüder, die ihm einst doch so übel mitgespielt haben und weint über sie. Aber auch der verräterische Judaskuss in Gethsemane ist uns überliefert: „Wem ich einen Begrüßungskuss gebe, der ist es. Den nehmt fest!“

Als Segens- und Weihekuss lebt der ernste Kuss bis heute fort in der katholischen Kirche dem Papst, Kardinal oder Bischof gegenüber. Der Kölner und gute Katholik Adenauer soll ihn dem Kardinal Frings allerdings verweigert haben, als „Arbeit“, die er lieber seinem priesterlichen Sohn bei der Begrüßung des Würdenträgers überlies. Aber der alte Gedanke des Küssens als Verehrungsform lebt fort im Küssen der Heiligenbilder oder ihrer Reliquien bis zum Handkuss, der in bestimmten Kreisen eine selbstverständliche Reverenz den Damen gegenüber geblieben ist.

Alle diese Küsse aber verblassen vor dem Tandaradei der Küsse, die zwischen Mann und Frau in Verliebtheit und Liebe ausgetauscht werden, wovon es im mittelhochdeutschen Gedicht des Walther von der Vogelweide heißt: „kust er mich? wol tusendstunt... seht, wie rot mir ist der munt.“

Dieses zeitlos glückliche Thema haben nun Wissenschaftler zu ergründen gesucht in der Philematologie, der Wissenschaft eben vom Küssen. Da lässt sich alles nachlesen, vom Bewegen der Kussmuskeln und welche Glückshormone dabei freigesetzt werden und von Unterschieden, die es dabei zwischen Männern und Frauen geben soll. Die Wissenschaftler haben sogar herausgefunden, was schon beim Betrachten unsterblicher Kuss-Szenen im Film bei uns ausgelöst wird, von Scarlett O‘Hara mit Rhett Butler bis zu Madonna. Dass Völkerstämme in Malaysia den Kuss nur als ein Reiben der Nasen aneinander kennen und dass im moslemischen Indonesien Küssen in der Öffentlichkeit bis zu zehn Jahre Gefängnis einbringen kann, nehmen wir kussliebenden Europäer mit Schrecken zur Kenntnis.

Da ist es allemal besser, von der wissenschaftlichen Philematologie zur gelebten Praxis des Küssens bei uns zurückzukehren. Die beginnenden Frühlingsmonate sind die beste Zeit zum Verlieben. Denn die Sprache des Kusses bleibt wie die Sprache des Blicks nur den Verliebten geschenkt.

ippen@hna.de

Kurz notiert

Peking verurteilt Empfang des Dalai Lama

China hat den Empfang des Dalai Lamas (Foto) bei US-Präsident Barack Obama als Einmischung in innere Angelegenheiten scharf verurteilt. Das Außenministerium bestellte gestern den amerikanischen Botschafter ein und erklärte, das Gespräch im Weißen Haus verletzte die Gefühle der Chinesen. Die chinesische Botschaft in Washington äußerte sich „nachhaltig verstimmt“. Obama hatte dem Friedensnobelpreisträger bei dem Treffen Unterstützung bei der Wahrung von Kultur und Menschenrechten in Tibet zugesagt.

Lebenslang wegen Christenmords gefordert

Fast drei Jahre nach dem tödlichen Überfall auf einen deutschen und zwei türkische Christen im osttürkischen Malatya hat ein Staatsanwalt lebenslange Haft für drei Täter gefordert. Die Männer hätten sich des Mordes schuldig gemacht, sagte der Ankläger in der Stadt Malatya in seinem Plädoyer.

Putsch im afrikanischen Niger

Einen Tag nach dem Militärputsch im afrikanischen Wüstenstaat Niger haben die neuen Machthaber Geschwaderkommandeur Salou Djibo an die Spitze der Junta berufen. Salou leite den neuen obersten Rat zur Wiederherstellung der Demokratie, erklärte die Junta. Über das Schicksal des gestürzten Staatschefs Tandja lagen weiterhin keine Informationen vor.

„Steife Brise halten wir aus“

Gesine Lötzsch, designierte Linken-Chefin, im **Interview** über den Zustand ihrer Partei

Das Thema

Der scheidende Linken-Chef Lafontaine beklagt den Zustand der Partei, spricht von Ost-West-Konflikt, von Flügelkämpfen und Streit um Regierungsbeteiligungen. Darüber sprachen wir mit Gesine Lötzsch, die im Mai als eine von zwei Vorsitzenden kandidierten wird.

Von Wolfgang Blieffert

Frau Lötzsch, hat Oskar Lafontaine den Zustand der Partei richtig beschrieben?

Gesine Lötzsch: Wir ringen als Partei um die besten Lösungen, da gehören offene Diskussionen dazu. Zu dieser Beschreibung gehört außerdem der Hinweis, dass wir als Linke eine sehr junge Partei sind, erst zweieinhalb Jahre alt. Und 2009 große Erfolge erzielt haben: 5,1 Millionen Wählerstimmen und deutlich über 78 000 Mitglieder.

Aber müssen Sie und Klaus Ernst nach der Wahl im Mai nicht dafür sorgen, dass die Linke nicht mehr wahrgenommen wird als Partei von Intriganten und Denunzianten?

Lötzsch: So sehen es die Medien, doch von unseren Mitgliedern und Wählern wird die Partei anders wahrgenommen. Uns weht eine steife Brise ins Gesicht, aber ich bin sicher, dass wir das aushalten. Mich beruhigt, dass unsere Umfragewerte trotz des von den Medien gezeichneten Bildes stabil geblieben sind. Die Wähler zweifeln nicht an unseren Zielen, die wir im Bundestagswahlkampf beschrieben haben: Raus aus Afghanistan, Für einen gesetzlichen Mindestlohn, Hartz IV abwählen, keine Rente erst ab 67 und zuletzt die Forderung nach Rekommunalisierung öffentlicher Dienstleistungen

Im Osten ist die Linke eine Volkspartei, im Westen ein manchmal chaotischer Haufen verschiedenster Richtungen. Wie soll das zusammengehen?

Lötzsch: Im Vergleich zur Bundesregierung sind wir doch geradezu Musterschüler der Demokratie. Es ist wichtig, dass wir uns in Ost und West mit unseren unterschiedlichen Möglichkeiten ernst nehmen und gegenseitig besser zuhören. Vorrangig ist aber, dass wir an unseren Zielen festhalten. Denn wir sind nicht für unsere überzeugenden Wahlaussagen gewählt worden, sondern weil wir diese umsetzen sollen.

ZUR PERSON

Gesine Lötzsch

Dr. Gesine Lötzsch (48), in Berlin-Lichtenberg geboren, studierte an der Humboldt-Uni und machte 1985 ihr Diplom als Lehrerin für die Fächer Englisch und Deutsch. 1987 verbrachte sie ein Auslandssemester in den Niederlanden.

Seit 2002 ist Gesine Lötzsch (Foto: dpa) Mitglied des Deutschen Bundestages, direkt gewählt im Wahlkreises Berlin-Lichtenberg, zuletzt mit 47,5 Prozent der Erststimmen. Seit 2005 ist sie stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion und haushaltspolitische Sprecherin ihrer Partei.

Sie ist mit einem Sprachwissenschaftler verheiratet, beide haben zwei Kinder.

www.gesine-loetzsch.de

Sahra Wagenknecht soll Parteivize werden, sich aber nicht mehr als Sprecherin der Kommunistischen Plattform begreifen. Kann das klappen?

Lötzsch: Die Vereinbarung lautet, dass niemand, der im engeren Führungszirkel arbeiten wird, zugleich Sprecher einer innerparteilichen Strömung sein darf. Diese Bedingung ist von allen akzeptiert worden und ich gehe davon aus, dass das eingehalten wird. Aber niemand braucht seine Überzeugungen aufzugeben.

Würde eine Wahl Wagenknechts nicht auch ein klares Signal bedeuten, dass kommunistisches Gedankengut Platz in Ihrer Partei hat?

Lötzsch: Das war bislang schon so. Auch kommunistisches Gedankengut hat Platz in unserer pluralen Partei. Die Linke muss sich aber vor allem darauf ausrichten, in der Politik praktische Ergebnisse für die Menschen zu erzielen

Die SPD verabschiedet sich langsam von der Agendapolitik, die ihr massenhaft Wählerabwanderung beschert hat. Sind die Zeiten der leichten Erfolge für die Linke vorbei?

Lötzsch: Es gibt Kritik und Selbstkritik innerhalb der SPD am Kurs der vergangenen Jahre, aber ich sehe kein deutliches Verabschieden von der Agendapolitik. Die Wähler haben aber auf jeden Fall gesehen: Wenn die Linke stark ist, wirkt das direkt auf die anderen Parteien und führt zur Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse.

Kapitalismus und Marktwirtschaft scheinen in einer tiefen Krise zu stecken. Ist angesichts dieser Herausforderungen sinnvoll, dass die politische Linke in Deutschland mit zwei Parteien vor den Wähler tritt?

Lötzsch: Das ist eine Frage, die ganz weit in die Zukunft reicht. Natürlich gibt es viele Menschen, die den Traum von der großen einheitlichen linken Partei in die Tat umsetzen wollen. Aber dazu müssen beide Parteien auch wirklich linkes Gedankengut vertreten. Tatsächlich aber hat die SPD - gemeinsam mit den Grünen, was gern vergessen wird - die Tür geöffnet für Sozialabbau, durch die die christlich-liberale Koalition jetzt gut durchgehen kann. Erst wenn sich die SPD von dieser Politik verabschiedet, ist eine Zusammenarbeit auch im Bund möglich.

Sie sind den meisten unserer Leser wahrscheinlich noch unbekannt. Gestatten Sie deshalb eine Frage zu Ihrer Biografie. Sie sind 1984 als 23-Jährige der SED beigetreten. Was waren Ihre Gründe?

Lötzsch: Ich dachte, wenn man etwas verbessern will, musste man dort eintreten, wo man auch etwas ändern kann. Die Entwicklung in der Sowjetunion mit Glasnost und Perestroika und die Debatten darüber an der Humboldt-Universität haben mir Hoffnung gemacht, dass der Sozialismus reformierbar ist.

In der Debatte über den Charakter der DDR haben Sie zuletzt den Begriff Unrechtsstaat abgelehnt. Haben Sie Verständnis dafür, dass Opfer des SED-Staates die DDR dennoch als Unrechtsstaat empfunden haben?

Lötzsch: Das Rechtssystem der DDR hatte gravierende demokratische Defizite.. Es gab zum Beispiel. keine Gewaltenteilung. Aber Antworten der Bundesregierung sowie des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages zeigen, dass der Terminus Unrechtsstaat weder völkerrechtlich noch wissenschaftlich definiert ist. Er ist vielmehr ein politischer Kampfbegriff, verwendet vor allem von politischen Gegnern der Linken, die immer wieder versuchen, die DDR mit dem Faschismus gleichzusetzen.

Sie haben sich kürzlich dafür starkgemacht, dass ehemalige Stasi-Mitarbeiter in Parlamenten und Regierungen geduldet werden sollten. Warum?

Lötzsch: Das ist falsch. Der Wähler entscheidet und nicht die Abgeordneten der anderen Parteien, wer in den Parlamenten sitzt. Es geht also nicht um Duldung, sondern um Demokratie. Wer ein aktives und passives Wahlrecht hat, kann sich Wahlen stellen. Und wer gewählt ist, ist gewählt. Wer meint, Demokratie für bestimmte Menschen außer Kraft setzen zu können, sollte mal wieder das Grundgesetz zur Hand nehmen.

„Es muss etwas Drastisches passieren“

Christen fühlen sich als Verlierer im Irak - Schon über 730 Menschen getötet - Exodus befürchtet

Von Anne-B. Claasmann

BAGDAD. Wir sind das Volk des Friedens, wir habe keine Milizen, sagt der Patriarch der chaldäischen Kirche im Irak, Kardinal Emmanuell Delli III., wenn man ihn auf die Ermordung und Vertreibung der irakischen Christen anspricht. Meist fügt er noch hinzu: Die Terroristen töten nicht nur uns Christen, sondern auch unsere muslimischen Brüder. Einige Christen im Irak sind jedoch der Meinung, dass Friedfertigkeit und beschwichtigende Erklärungen nicht ausreichen, um den Exodus der christlichen Minderheit an Euphrat und Tigris zu stoppen. Sie wollen nicht länger die andere Wange hinhalten, sondern Druck machen auf die Regierung und die Behörden, und mit Protestaktionen im Ausland auf ihre Lage aufmerksam machen.

„Wir alle lieben den Kardinal, aber es muss jetzt schnell etwas Drastisches passieren, bevor die Christen aus diesem Land endgültig verschwunden sind“, erklärt die ehemalige Umweltministerin und Menschenrechtsaktivistin Pascale Warda. Rund 1,5 Millionen Christen lebten im Irak, als die US-Armee im Frühjahr 2003 das Regime von Saddam Hussein stürzte. Heute sind es nach inoffiziellen Schätzungen noch maximal 750 000.

Mehr als 730 Christen wurden seit dem Einmarsch der Amerikaner im Irak ermordet. Unter den Toten sind auch zwölf Geistliche. Einige dieser Morde gehen wohl auf das Konto der Al-Qaida-Terroristen. Aber laut einer Statistik wurden über 70 Prozent der Morde an Christen nie aufgeklärt.

Die meisten irakischen Muslime haben zwar nichts Schlechtes über ihre Nachbarn zu sagen. Einige von ihnen schicken sogar ihre Kinder auf christliche Schulen, weil diese einen besonders guten Ruf haben. Doch, wenn es darum geht, ihre Häuser und Kirchen zu schützen, fühlt sich kaum jemand zuständig. (dpa)